

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Erwin Stahl MdB, Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, erläutert, wie die Bundesregierung die Kohleveredlung im Großmaßstab zu einem Baustein der künftigen Energiesicherung machen will: Nicht nur verbal. Seite 1/2

Marie Schlei MdB definiert verantwortungsvolles Krisen-Management: Kennedy zeigte den Weg. Seite 3/4

Horst Grunenberg MdB fordert wegen der hohen Ölkosten neue Fangmethoden für die Fischer der Nord- und Ostsee: Trägerische Ruhe. Seite 5/6

Ulrich Lang MdL berichtet, warum die Südwest-CDU auf ihre Kampagne "Mut zur Erziehung" verzichten muß: Das Ende einer konservativen Idee? Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 16

23. Januar 1980

Nicht nur verbal

Kohleveredlung im Großmaßstab wird ein Baustein der künftigen Energiesicherung

Von Erwin Stahl MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie fördert seit mehreren Jahren aus dem Programm Energieforschung und Energietechnologien die Entwicklung von Verfahren zur Erzeugung von Gas und Flüssigprodukten aus Kohle. Bis heute wurden für diesen Bereich rund 650 Millionen DM aufgewendet. Mehrere Pilotanlagen zur Kohlevergasung sind in Betrieb, Pilotanlagen zur Kohleverflüssigung sind in Bau.

Die Vorarbeiten für ein Programm zur Erzeugung synthetischer Brennstoffe aus Kohle laufen auf vollen Touren. Nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt zur Energiepolitik vom 4. Juli 1979 wurde die Vorlage eines Programms zur Erzeugung synthetischer Brennstoffe aus Kohle für Anfang 1980 angekündigt. Kurz danach, aufbauend auf dem Vorhaben, wurden vom Bundesminister für Forschung und Technologie erste Überlegungen für das neue Programm vorgelegt.

Beispielsweise werden an der Saar mit Bundesmitteln seit 1974 Forschungs- und Entwicklungsarbeiten gefördert, die die Direkthydrirung von Kohle zu Flüssigprodukten, vorzugsweise hochoktanigem Benzin, zum Ziel haben. Grundlage ist dabei das bis 1945 angewandte IG-Verfahren, das in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wurde. Das sogenannte IG-Neu-Verfahren zeichnet sich besonders durch geringeren Verfahrensdruck, geringen Wasserstoffbedarf und bessere Wärmerückgewinnung aus im Vergleich zum früheren Verfahren. Daraus resultiert ein besserer energetischer Wirkungsgrad und eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Verfahrens, das heißt, man erhält rund doppelt soviel Benzin aus der gleichen Menge Kohle wie früher. Dieser Gesichtspunkt gewinnt mit zunehmenden Energieengpässen mehr und mehr an Bedeutung.

Die Verfahrensentwicklung wurde bisher in einer Laboranlage erfolgreich erprobt. In einer Pilotanlage wird das Verfahren in größerem Maßstab getestet und weiterentwickelt, wobei etwa sechs Tonnen Kohle/Tag in Benzin und Beiprodukte umgewan-



delt werden. Die Anlage soll im Sommer nächsten Jahres in Betrieb gehen. Die aus dem Betrieb dieser neuen Pilotanlage gewonnenen praktischen Ergebnisse werden die Grundlage für die Detailplanung einer Großanlage in mehreren Produktionseinheiten und Bauabschnitten mit einem Kohledurchsatz von etwa 6.000 Tonnen/Tag sein. Die erste Produktionsarbeit soll etwa 1987 in Betrieb gehen.

Für die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für dieses Projekt hat die Bundesregierung bisher Fördermittel in Höhe von rund 36 Millionen DM bereitgestellt. In etwa gleicher Größenordnung werden die Aufwendungen für die Vorplanungsarbeiten für die Großanlage liegen, die im Januar in Angriff genommen werden. Dieses Beispiel zeigt, und widerspricht den Aussagen der Opposition, daß die Bundesregierung zu einem Zeitpunkt, als noch vergleichbar geringes Interesse für solche Entwicklungslinien bestand, die energiepolitische Bedeutung der Kohleveredelung nicht nur verbal betonte, sondern auch durch Zielvorgaben die notwendigen Arbeiten konsequent mit der Verabschiedung des Rahmenprogramms Energieforschung im Jahre 1974 in Angriff nahm.

Seit der Regierungserklärung vom Juli 1979 haben eine Reihe von Gesprächen zwischen der Bundesregierung und der Industrie stattgefunden. Das Interesse an einer Beteiligung ist groß. Die Unternehmen halten das Programm grundsätzlich für technisch durchführbar.

Die Stellungnahmen - teilweise schon Projektvorschläge - der Industrie liegen vor. Sie werden zur Zeit gemeinsam vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und vom Bundeswirtschaftsministerium ausgewertet.

Soweit derzeit ersichtlich, kann Kohlegas zum Beispiel als Synthesegas für die chemische Industrie in der Mitte der 80er Jahre in großen Demonstrationsanlagen unter industriellen Bedingungen erzeugt werden. Demonstrationsanlagen zur Kohleverflüssigung werden gegen Ende der achtziger Jahre ihren Betrieb aufnehmen können. Die Preis- und Mengenentwicklung für Energie und Rohstoffe erfordert eine konsequente Verfolgung und begünstigt diese notwendigen Vorhaben.

Die Investitionen für den Bau dieser Anlagen werden Milliardenbeträge erfordern. Um fundierte und belastbare Entscheidung zu ermöglichen, werden zunächst Planungsstudien ausgearbeitet. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat im Nachtragshaushalt 1979 60 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen erhalten. Vorliegende Förderungsbeträge wurden Ende des Jahres 1979 bewilligt. Dadurch sind die Voraussetzungen gegeben, ohne Verzug die Arbeiten für die großtechnische Nutzung der Kohlevergasung und Hydrierung fortzusetzen.

Dieses Programm ist ein weiterer Schritt, um unsere Energieversorgung mit Hilfe heimischer Kohle sicherer zu machen. Auch der Anlagenbau in der Bundesrepublik wird im Bereich der Kohleveredelung durch den Bau dieser großen Demonstrationsanlagen weltweit eine Spitzenstellung erhalten.

Über die endgültige Höhe der Mittel wird Anfang 1980 mit der Verabschiedung des Programms entschieden werden.

(-/23.1.1980/hl/ca)



Kennedy zeigte den Weg

Krisen-Management und Verantwortungs-Moral

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Herr Strauß hat uns in den letzten Tagen empfohlen, eine Politik der Stärke als ein verantwortungsbewußtes Krisen-Management zu betreiben. Er hat das Verantwortungs-Moral genannt.

Als Historiker sollte er wissen, daß in Krisenzeiten die Demonstration von Stärke bestenfalls zu einer Krisenverschärfung führt. Was in einer solchen Situation geboten erscheint, ist politische Solidarität und Entschlossenheit - und zwar in zwei Bereichen:

1. Eine solidarische Entschlossenheit, die dem Konflikt-Partner eindeutig erkennbar verdeutlicht, daß die Verletzung grundlegender nationaler Interessen nicht hingenommen werden wird.
2. Eine solidarische Entschlossenheit, "dem Kontrahenten Auswege ehrenvoller Art aus der Krise offenzuhalten oder zu öffnen, um ihm zu ermöglichen, den Konflikt ohne Macht- oder Prestigeeinbuße abzuschwächen und ihn schließlich zu beseitigen" (so der heutige Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Gerd Schmückle, in: Wehrkunde 8/1967, S. 394).

Genau das hat beispielsweise der amerikanische Präsident John F. Kennedy, in der Kuba-Krise vom Oktober 1962 gemacht. In dem für die Krisenbewältigung entscheidenden Brief, mit dem John F. Kennedy am 27. Oktober 1962 auf die verschiedenen Angebote und Forderungen Nikita Chruschtschows eingegangen ist, hat Präsident Kennedy es der Kreml-Führung ermöglicht, die Krise ohne Macht- und Prestigeeinbuße schließlich zu beseitigen: Der Bruder des Präsidenten, Robert Kennedy, hatte an verschiedenen, dem Präsidenten vorliegenden Briefentwürfen bemängelt, daß sich keiner dieser Entwürfe die von Chruschtschow gemachten Angebote zunutze machte. Er hat daraufhin von John F. Kennedy den Auftrag bekommen, selbst eine Antwort zu entwerfen. Robert Kennedy hat dann in seinem Entwurf, den der Präsident akzeptiert hat und nach Moskau durchgehen ließ, aus den verschiedenen Mitteilungen, die ihm aus Moskau vorlagen, alle jene Punkte aufgegriffen, die den Vereinigten Staaten auch unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit annehmbar erschienen.

Am gleichen Tag hat Robert Kennedy dieses schriftliche Angebot an Chruschtschow, ohne Gesichtsverlust aus der Krise herauszukommen, bei einem längeren Gespräch mit dem sowje-



tischen Botschafter in Washington, Dobrynin, als Kopie übergeben und erläutert.

Am Mittag des 28. Oktober, als aufgrund der Reaktion Chruschtschows auf diesen Kennedy-Brief klar war, daß die Kuba-Krise friedlich beigelegt war, hat John F. Kennedy zwei weitere Maßnahmen des Krisen-Management veranlaßt, die von grundlegender Bedeutung sind:

1. Er hat über seinen Außenminister in einem vertraulichen Gespräch mit den Korrespondenten im State Department, dem amerikanischen Außenministerium, folgende Warnung übermittelt: "Sollte es im Kreml zu Diskussionen, Rivalitäten oder Spannungen bezüglich der Behandlung der Lage kommen, wünschen wir nicht, daß die Situation durch Berichte über eine russische Kapitulation oder über Schadenfreude in Washington verschärft wird. Dies würde nur jenen Männern im Kreml in die Hände spielen, die gern einer anderen Lösung von Vorzug gegeben hätten." (Elie Abel, 13 Tage vor dem 3. Weltkrieg, Die Kubakrise, Goldmanns Globe Taschenbücher, Bd. 1921, S. 163)
2. Er hat persönlich angeordnet, daß für den Erfolg, den er erzielt hat, der Ausdruck "Sieg" nicht angewandt werden durfte.

Aus der Kuba-Krise läßt sich eine weitere historische Erfahrung ableiten: Aus einer verschärften Krise erwächst der Zwang zu einer verstärkten Kooperation der Konfliktpartner. Diese Erkenntnis hat maßgeblich dazu beigetragen, daß seither mehr als 20 Rüstungskontrollabkommen zwischen West und Ost geschlossen werden konnten.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat am 25. Mai 1978, in seiner Rede vor der Abrüstungs-Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen die geschichtlichen Erfahrungen des Krisen-Managements in wenigen Punkten zusammengefaßt: Wirksame Krisenbeherrschung erfordert zunächst, daß die Kommunikation zwischen den Konfliktpartnern zu keiner Stunde abbricht.

Krisen-Management erfordert den politischen Willen

1. Provokationen zu vermeiden,
2. die eigenen Optionen unmißverständlich zu machen,
3. gefährliche Situationen durch Kompromißbereitschaft zu entschärfen und
4. den Beteiligten die Wahrung ihres Gesichts zu ermöglichen.

Auf der Grundlage dieser Kriterien erscheint es möglich, auch die gegenwärtige Krise ohne Macht- und Prestigeeinbuße einer der beiden Konfliktparteien abzuschwächen und schließlich zu beseitigen.

(-/23.1.1980/hf/ea)



Trügerische Ruhe

Hohe Ölkosten erzwingen neue Fangmethoden

Von Horst Grunenberg MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Ruhe bei den Fischern an der Ostsee- und Nordseeküste als Zufriedenheit zu interpretieren, ist trügerisch. Zwar hat die Bundesregierung Mittel zur Zinsverbilligung für Treibstoffbevorratung bereitgestellt, doch inzwischen kletterten die Preise für Gasöl auf 52 Pfennig je Liter und nach oben gibt es keine Grenze. Vor circa drei Monaten waren es noch 42 Pfennig. Die Preise für den Fisch in den Auktionen der Seefischmärkte sind in den letzten zehn Jahren kaum gestiegen. Das Verhältnis ein Liter Gasöl = ein Kilogramm Fisch ist das gleiche geblieben, und mancher Kutter- oder Küstenfischer trägt sich mit dem Gedanken, sein Gewerbe aufzugeben. Die Küstengemeinden, in denen die Fischer behelmatet sind, denken sorgenvoll an den Verlust der Einnahmequellen.

Einschränkungen der Fangrechte vor fremden Ländern und Quotierungen im EG-Meer, die keine ganzjährige Disposition zulassen, tragen zur weiteren Desorientierung bei.

Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen haben bei den Beratungen des Bundeshaushalts 1980 zum Ausdruck gebracht, daß sie alle Maßnahmen zur Einsparung von Treibstoff unterstützen wollen.

Nun sollte nicht alles auf Bonn abgewälzt werden, denn schließlich geht es auch die Küstenländer an, wenn es um die Wirtschaft geht.

Die Nachbarstaaten in der EG stehen vor der gleichen Situation. Sie bemühen sich aber schon, die Ölkosten der Fischer durch Versuche in anderen Fangmethoden zu reduzieren; und wie es scheint mit Aussicht auf Erfolg. Immerhin wollen zum Beispiel die Dänen, je nach Entfernung des Fangplatzes, bis 60 Prozent des Treibstoffes eingespart haben. Diese Versuche sollten auch bei uns durchgeführt werden. Die Kosten für die Umrüstung des Fanggeschirrs sind nicht gering, und die Fangmöglichkeiten in der Ostsee, an der Nordseeküste und in der mittleren Nordsee dürften sich ebenfalls unterscheiden.



Notwendig sind Versuche in der Stellnetz- und Snurrewaden-Fischerei in der Ostsee, in der Küstenfischerei der Nordsee und der Fischerei in der mittleren Nordsee. Diese Versuche von dem Forschungskutter "Solea" der Bundesforschungsanstalt für Fischerei alleine durchführen zu lassen, würde zuviel Zeit beanspruchen. Die Fischer können nicht mehr ein Jahr und länger auf Ergebnisse warten. Erforderlich ist, schleunigst entsprechende Kutter zu chartern, mit der Technik auszurüsten und mit Fangversuchen zu beginnen; möglichst noch im Frühjahr, spätestens im Frühsommer.

Denkbar ist eine Finanzierung durch die Länder im Investitionsbereich und durch den Bund in der Charterung.

Dabei könnte zum Beispiel Schleswig-Holstein die Investkosten für die Versuche in der Ostsee übernehmen, Niedersachsen für die Nordseeküstenfischer, Bremen stattet die kleine Hochseefischerei aus, während Hamburg die Ausrüstung mit Snurrewaden übernimmt. Pro Land wären es cirka 120.000 bis 150.000 DM. Die Charterkosten würden für den Bund cirka ein bis 1,2 Millionen DM betragen bei eventueller Deckungsmöglichkeit aus dem Plafond.

Bonn und die Länder sollten sich schnellstens über dieses Programm einigen, wenn nicht die Gefährdung des Bestandes von einigen Hundert Familienbetrieben mit volkswirtschaftlich hohem Wert riskiert werden soll.

Sollten diese Fangmethoden sich aber als Lösung des Ölpreisproblems herausstellen, hätte dies zur Folge, daß im Gegensatz zur Schleppnetzfisherei Jungfische weit stärker geschont werden, die Erlössituation der Fischer trotz geringerer Fänge sich verbessern könnte, und der Verbraucher bei bester Qualität ohne drastische Preiserhöhung Fischprodukte kaufen kann.

(-/23.1.1980/hi/ca)



Das Ende einer konservativen Idee ?

Südwest-CDU muß auf "Mut zur Erziehung" verzichten

Von Ulrich Lang Mdl.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag von Baden-Württemberg

Die von dem ehemaligen baden-württembergischen Kultusminister Hahn entscheidend mitgestaltete "Neuorientierung der Bildungspolitik", die unter dem Stichwort "Mut zur Erziehung" den großangelegten Versuch machte, die Meinungspluralität in unserer Bildungslandschaft zugunsten eines konservativen Wertekataloges aufzuheben, ist in ihrem Ursprungsland Baden-Württemberg an einem kritischen Punkt angekommen. Schon bei der Diskussion des Schulgesetzes war es vor einigen Jahren um die Frage gegangen, ob es möglich sei, über die Verfassung hinaus einzelne konservative Wertvorstellungen durch Gesetz für die Lehrer verbindlich zu machen.

Nach dem Kongreß "Mut zur Erziehung" im Januar 1978 wurde dieses Anliegen zum Zentralpunkt der CDU-Bildungspolitik in Baden-Württemberg. Wie dringlich der CDU-Fraktion dies war, geht daraus hervor, daß sie in vier Großen Anfragen seitdem dieses Thema variierte und ebenso oft in fast wortgleichen Anträgen die Regierung bedrängte, eine Katalogisierung der Erziehungsziele vorzunehmen. So forderte die CDU am 29. Januar 1979, die sich aus Grundgesetz, Landesverfassung und Schulgesetz ergebenden Werte, Bildungs- und Erziehungsziele und anthropologischen Grundelemente zusammenzustellen, zu erläutern und jedem Mitglied einer Lehrplankommission und jedem Lehrer in die Hand zu geben. Obwohl dieser Antrag am 16. Mai 1979 eine Mehrheit fand, wollte die CDU-Fraktion bereits am 19. Juli 1979 wieder wissen, "welche grundsätzlichen Vorgaben die Landesregierung für die Lehrplanarbeit erstellt hat." Und am 5. November 1979 wurde erneut durch Antrag gefordert, dem Landtag einen Katalog der Erziehungsziele vorzulegen.

Von der SPD wurde im Parlament mehrfach darauf hingewiesen, daß dieser Versuch notwendig zum Scheitern verurteilt sei, weil eigentlich nur zwei Möglichkeiten blieben: Entweder kommt ein sehr allgemein gehaltener Katalog zustande, der sich im Wesentlichen auf die Grundsätze der Verfassung beschränkt; dann aber wäre das ganze Unternehmen verzichtbar. Sollte aber tatsächlich ein ins einzelne gehender Katalog von Erziehungszielen formuliert werden, müßte dies notwendigerweise darauf hinauslaufen, Meinungspluralität durch staatliche Verordnungen aufheben zu wollen. Wie die CDU dabei mit dem von ihr mit Nachdruck vertretenen Elternrecht ins Reine gekommen wäre, ist eine Frage für sich. Jedenfalls wurde von der SPD die Vorlage der Kataloge mit erheblicher Spannung erwartet.

Kultusminister Herzog hatte nach anfänglichem Zögern eine Arbeitsgruppe mit der Erstellung dieses Kataloges beauftragt und dessen Vorlage für 1979 zugesagt. Im Herbst teilte er dann mit, die Arbeit habe sich verzögert, es werde aber demnächst - "spätestens bis zum Jahresende" - ein Diskussionsentwurf vorgelegt. Zugleich räumte er in einer Landtagsdebatte ein, daß dieser Katalog notgedrungen sehr abstrakt gehalten sein werde. Die Kapitulation kam dann am 11. Dezember, wo Herr Herzog auf eine Frage einräumte, daß er den Katalog vor der Landtagswahl am 16. März nicht mehr vorzulegen gedenke. Wie inzwischen zu hören ist, haben ihn die vorgelegten Entwürfe nicht befriedigt. Eigentlich war vorauszusehen, daß das ganze Unternehmen nur entweder mit einem öffentlichen Aufschrei oder, wie nun offenbar geschehen, als geplatzte Seifenblase enden konnte.

Ende Januar muß sich der Landtag erneut mit einer CDU-Vorlage zu diesem Thema befassen; diese stammt allerdings aus der Zeit von Herzogs Kapitulation. Es bleibt abzuwarten, wie die CDU auf das Scheitern ihrer Hoffnungen reagiert. Für die öffentliche Diskussion ist es eigentlich bedauerlich, daß dieses konservative Experiment möglicherweise nicht bis zum Ende durchdiskutiert werden kann.
(-/23.1.1980/hi/ca)

